

weder die Gekaufte Kolonialstelle... an deren Raum mit 20 Bld., welche... aus Halle mit 20 Bld. berechnet sind...

Erdringt täglich pünktl., Sonntags und Feiertags ausnahmslos.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Braubaustraße 17; Nebenzweigstelle: Markt 24.

Saale-Beitung.

Einblattdirektions-Jahrgang.

Der Halle verteilte bei pünktlicher... Postkarte 2,50 M., durch die Post... 25 M. ausser Aufschlaggebühren...

Bestandener der Redaktion Nr. 1140; der Druckerei Nr. 170; der Annoncen-Expedition Nr. 1133.

Nr. 175.

Halle a. S., Mittwoch, den 16. April.

1913.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 15. April 1913.

Am Bundesratsitz die Staatssekretäre Dr. Delbück und Jagow. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr. Das Haus lebte die Spezialberatung des Etats für das Ausland...

Staatssekretär des Auswärtigen Amt v. Jagow: Die Besetzung in Nancy sind mir bisher nur aus Telegrammen von Wolffs Telegraphen-Bureau und aus der Presse bekannt. Sollten sie sich in ihrem vollen Umfange bekunnen, so würden sie allerdings als höchst behauerlich zu bezeichnen sein...

nicht eine Domäne der Autokratie ist, und daß auch mir nichts ferner liegt als der Wunsch, ihn zu einer solchen werden zu lassen. Immerhin aber erfordert die diplomatische Laufbahn den Besitz gewisser eigener Mittel. Ich werde mit Sorgfalt prüfen, wie sich der Gehalt der Resolution in einer für den Dienst ersprießlichen Weise ausgleichen lassen wird. Ganz ohne eigene Mittel wird es sich auch in Zukunft kaum machen lassen. Jedenfalls wollen Sie versichert sein, daß mir bei der Resolution ausgebrochene Selbstzucht sehr sympathisch ist. (Beifall.) Dem Wortwitz, als ob für die Annahme unserer jungen Diplomaten oft Protektion maßgebend wäre, muß ich entschieden entgegenstellen. Dessen mächtig ist hier noch auf Grund eigener Beobachtungen sagen, daß das ungenügende Urteil, das man sich über die Leistungen der deutschen Diplomatie so vielfach hört, im Ausland jedenfalls nicht geteilt wird. Gestatten Sie mir den Hinweis, daß die Berufsaussichten der Beamten im Ausland durch ein Uebermaß einseitiger Kritik nicht gerade erhöht wird. Der Förderung, unsere künftigen diplomatischen und konsularischen Vertreter gründlich in die Gebiete des wirtschaftlichen Lebens einzuführen, wird mit Nachdruck entprochen. Zu diesem Zweck sind im Auswärtigen Amt wissenschaftliche Kurse eingerichtet, die für sämtliche Ämter des diplomatischen und konsularischen Dienstes obligatorisch sind. Zur Ausbildung der Kandidaten für den diplomatischen Dienst gehört ferner regelmäßig eine längere Zeit bei einer Konsularbehörde. Während der zwei Jahre, die sie im Auswärtigen Amt arbeiten, werden sie ebenso wie die Konsularbeamten vorwiegend in der rechtlichen und handelspolitischen Abteilung ausgebildet. Zudem haben alle Attaches und Sekretäre im Ausland alljährlich eine größere handelspolitische Arbeit einzureichen. Bei der Beförderung der höheren Stellen des diplomatischen Dienstes spielt es nicht an aufmerksamer Berücksichtigung der handelspolitischen Bedürfnisse. Der Abg. Treibner v. Nächsthofen meinte, daß die Konsularausbildung für alle diplomatischen Missionen genügen müsse. Ich kann mich dieser Auffassung nicht unbedingt anschließen. Es gelte Vollen, auf denen die Behandlung wichtiger Fragen in erster Linie steht. Es besteht eine Spannung zwischen den beiden Hauptaufgaben des diplomatischen Dienstes nicht in dem Maße, wie es vielfach angenommen wird. Das eine vollständige Verschmelzung der Vorbereitung aber im Interesse des Dienstes wäre, davon kann ich mich vorläufig noch nicht überzeugen. Da, wo ich wirklich vorhandene Mängel unseres Auswärtigen Dienstes finde, werde ich sie gemäß abzuheben suchen. (Beifall.)

Abg. Dr. Dertel (Deutschlon): Ich glaube, daß wir nach dem, was wir hier gehört haben, dem Nachfolger Alerander-Waechters unser Vertrauen nicht versagen können. Was wir von ihm über den diplomatischen Dienst gehört haben, dem kann ich im Namen meiner politischen Freunde sehr in allen Punkten zustimmen. Wir haben der Resolution der Subjektionskommission angeschlossen und werden es auch im Nennamt tun. Der Staatssekretär würde gut tun, wenn er dem Zustand unser diplomatischen Dienstes nicht nur den Befähigten eröffnet, sondern wenn er auch dafür sorgen wollte, daß diese im Amt bleiben und es nicht vorzeitig verlassen. Es nicht hier Redakteure ausschließlich geeignet seien, lasse ich natürlich dahingestellt. (Stimmliche Heiterkeit), ganz abgesehen davon, daß der Beruf eines Redakteurs befeuerlicher ist als der eines untergeordneten Diplomaten, Vorkassiers oder Vorkassiers. (Stimmliche Heiterkeit.) Es hat auch Offiziere gegeben, die sich dafür eignen. Kom

Balkanrien und nicht nur die Diplomaten, sondern auch die heilbringende Worte und die noch heilbringende Worte überbracht werden. Man kann die Überlieferung aber einmal aufhören zu hören, was die Regierung und Diplomatie haben eingeschlagen, die uns richtig zu sein scheinen, und ich bin bezaubert, hier die Haltung der deutschen Diplomatie seit dem Beginn des Krieges anzuerkennen. (Beifall.) Wenn ich dies ausgesprochen, so muß ich doch sagen, daß die „Laten“ der europäischen Großmacht-Diplomatie allerdings nicht sonderlich imponierend waren. Das ist aber keine Schuld unserer Diplomatie, sondern es lag in den Verhältnissen. Wir mußten auf alle Fälle einen europäischen Krieg vermeiden. Die Hoffnung, daß nach dem Frieden ein Schritt sei oder die Friedensverhandlungen einen schnelleren Verlauf nehmen mögen, kann ich nicht teilen. Es ist sehr schwer, den Widerstand des Reichstages der Schwarzen Bergs zu brechen. Ich will dieses nicht leugnen, sondern nicht bemerken möchte (Heiterkeit), den „Borowitz“ nachgelegt hat, daß er wegen seines letzten Ordinariums einen hohen montenegrinischen Orden erhalten hat. (Heiterkeit.) Es muß erwogen werden, ob es nicht möglich ist, im Einverständnis der Mächte den hohen Herrn durch eine Gabe

Abklärung zur Vermittlung zu bringen. (Heiterkeit.) Ich lasse es dahingestellt, ob die Entscheidung in bar oder in Naturalien besteht. (Stimmliche Heiterkeit.) Was

unser Verhältnis zu Rumänien betrifft, so dürfte ich vollkommen, daß Deutschland, soweit es möglich war, die Ansprüche Rumäniens unterließ. Ich würde behaupten, wenn die Regierung dem Reize des Abg. Breyer folgen wollte, sich in die inneren Angelegenheiten Rumäniens zu mischen wegen der Verhandlung der dortigen Juden. Man kann behaupten, daß die rumänische Regierung von den Vorzügen dieses Volkstums nicht genügend durchdrungen zu sein scheint. (Heiterkeit reht.) Wenn sie z. B. den nicht naturalisierten Juden vom Heeresdienst fernhält, so ist das doch keine Unmenslichkeit. Man würde vielleicht auch in anderen Staaten die Frage aufwerfen können, ob nicht in ähnlicher Weise vorgehen sei. Ich werde sie nicht auf. Was die Türkei angeht, so ist eine starke, innerlich befähigte Türkei auch in Vorbereitung für unsere wirtschaftliche Entwicklung Bedürfnis. Wir setzen da auch nicht in erster Linie, aber wir dürfen uns — so weit möglich das Klingt, so selbstverständlich ist es doch — an einem Punkte der Welt unsere Zukunftsmöglichkeit vorbeugen lassen. Ich würde die Sorgen in China werden. Dort sind Konstellationen möglich, die uns mit England mehr und nicht in Gegenlage, so daß in gewisse Meinungsverschiedenheiten bringen können. Industrie und Handel müssen in China die offene Tür befehlen.

unser Verhältnis zu England sind nicht nur bessere, sondern gute geworden. Wir müssen immer daran denken, daß diese Besserung nicht nur im Interesse des Deutschen Reiches, sondern auch in dem Englands liegt. (Zustimmung reht.) Wir wünschen dringend, daß diese besseren Beziehungen auch in einem konkreten Niedererlag ihren Ausdruck finden. Als einen solchen konkreten Niedererlag würden wir es besonders begrüßen, wenn die Ansprüche der im Vorkrieges geschädigten Deutschen jetzt endlich nach länger als einem Jahrzehnt befriedigt würden. Die deutsche Regierung hat das bisher getan. Frankreich hat sich heute im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Kein Mensch in Deutschland hegt einen Haß gegen die französische Regierung oder gar gegen das französische Volk. Möge man drüben aber nicht daran denken, daß wir Eiskocherinnen oder nur Selve davon abtreten. Wir sind jedoch von einem Verhängnisvolle leider noch sehr weit entfernt. Wir bebauern das; wir wollen von Frankreich nichts. Ich möchte den Staatssekretär bringen bitten, zu veranlassen, daß möglichst bald eine amtliche Aufklärung erfolge über die Vorgänge in Buzoviste und namentlich über die Art, wie das Doppelintendanz durchsucht und durchgeführt worden ist. Die Öffentlichkeit wartet darauf. (Beifall Zustimmung.) Ich kann trotz der Rede des Staatssekretärs an dem

Vorfall von Nancy nicht ganz vorübergehen. Haben Sie in den letzten Jahrzehnten gehört, daß französische Staatsbürger in Deutschland so oder nur ähnlich behandelt worden seien, wie deutsche Staatsbürger angesehen in Nancy behandelt worden sind? Wenn es richtig sein sollte, mit haben ja noch keinen aufstehenden Bericht, aber ich weiß, wenn manches übertrieben wäre, dann würde das deutsche Volk von seiner Regierung unbedingt erwarten müssen, daß es eine entsprechende, angemessene Sühne mit allem Nachdruck verlangt. (Beifall Zustimmung.) Das brauchen wir uns nicht gefallen zu lassen. Der Abg. Bernheim hat auch wieder die Friedenssammel gehalten und ein Loblied auf den allgemeinen Weltfrieden der Wölfe angestimmt. Wenn wir den Frieden sichern wollen, so kann unser Standpunkt kein anderer sein, als daß wir Wert legen auf eine tüchtige, gute, ehrenvolle Politik und vor allen Dingen auf ein tüchtiges, gutes, schlafgerichtetes und damit siegesgerichtetes Heer. (Beifall Heiterkeit reht.)

Abg. Ledebour (Sog.): über die bedauerlichen Vorkommnisse in Nancy hat sich der Staatssekretär selber vorläufig nur auf unwürdige Nachrichten stützen können. Aber ich finde es sehr unglücklich, daß der Staatssekretär daran die Bemerkung knüpfte, daß sehr man wieder, wie gewaltig die chauvinistische Front in Frankreich im Anschluß befehlen sei. Ich hatte den Eindruck, daß er dies unglückliche Vorkommnisse auszunutzen wollte, um bei den Chauvinisten aufzufahren. (Lachen reht.) Man hat die Friedensverhandlung mit der Weidenerinbarung der dreifährigen Dienstzeit in Frankreich beantwortet. Auf die chauvinistische Stimmung in Frankreich muß es aufsehend wirken, wenn ein im Interesse Deutschlands und des Weltfriedens tätiger französischer Abgeordneter in Magdeburg und Braunschweig ausgerufen wird. In der Frage des diplomatischen Dienstes stimme ich ausnahmsweise im allgemeinen mit dem Staatssekretär überein. Der

Hall Solth demelt, daß es vermeiden werden muß, daß durch Mittelpersonen Leute in Stellungen gelangen, die durch persönliche Einflüsse großen Schaden anrichten können. (Präsident Kaempf): Eine Kritik des Verhaltens des Kaisers ist unzulässig. Diese Aufstellungen hätten eigentlich einen Erdmündungs verdient, aber ich will in diesem Augenblicke davon absehen. Eine weitere Zurückweisung der Türkei ist für uns schädlich. Es muß der Türkei einmüßig werden, sich innerhalb der Stelle ihres Bestehens zu einem modernen Staat umzuwandeln. Der Salonische Krieg an Montenegro ist ein russisches Programm und sehr erfolgreich. Der Balkanismus ist nur eine Erfindung russischer Diplomaten, mit der sie die Welt und jetzt auch Herr v. Bethmann Hollweg einzufangen haben. Der russische Zar unterdrückt das politische Volk mit größter Brutalität, der russische Zar und seine Helfer haben seinezeit in Bulgarien die ungeheuerlichsten Staatsverbrechen angeht lassen, das ist eine geschichtliche Tatsache. (Der Präsident wußt den Redner wegen dieser „Äußerung zur Ordnung.“) Der Reichstanzler ist auf die russische Frage eingeleitet. Die deutsche Regierung muß dem Gedanken der Nationalitäten-Toleranz im internationalen Konzert zum Durchbruch verhelfen. Es muß den Gedanken zuzunehmen und vor allem aber im eigenen Lande befehlen. Mit den Polen zu Freunden würde man den Spieß gegenüber der Aseren aufbrechen können. Damit wäre auch die Kriegsgefahr von Europa abgemindert. (Beifall bei den Erz.)

Präsident Dr. Kaempf rief den Redner nachträglich zur Ordnung. (Beifall.)

Staatssekretär v. Jagow: Einige Aufzählungen des Herrn Abg. Ledebour sind zwar schon durch den Erdmündungs des Herrn Präsidenten gerügt worden. Dennoch, wie ich die Aufzählungen über seine Befähigung im Kaiser bebauern muß, möchte ich doch noch Bemerkung einlegen gegen die Aufzählungen, die der Herr Abgeordnete gegen den Herrscher eines befreundeten Landes und dessen Politik gebraucht hat. ( Bravo! reht.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich muß hierzu bemerken, daß diese Aufzählung von mir schon gerügt worden ist. Damit scheidet sie aus der Verhandlung aus. Abg. Feing zu Schnaidt-Carolath (Stal.): Die Vorfälle in Nancy sind selbst zu bebauern. In Pungville sind wenigstens die Behörden korrekt verfahren. Wir erwarten aber noch Aufklärung über das Niederlegen des Doppelintendanz der Sozialdemokratie befaßt sich über die Behandlung ihres französischen Genossen in Magdeburg. Die Deutschen in Nancy waren zufrieden gewesen, wenn eine Behörde sie vor den Angriffen bewahrt hätte. In Rumänien sind unsere Angelegenheiten wollen wir uns nicht einmischen. Ich freue mich, daß zwischen England und Deutschland bessere Beziehungen entstanden sind. Eine Verständigung mit England ist für uns von dem größten Wert. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Hortsch. Sp.): Ich bebauere die Anruffigkeit der deutschen Bureaufraute gegen den Franzosen Comperre-Morel. Eine gewisse Großartigkeit wäre hier am Plage gewesen. Beifällig der staatsfahigen Politik kann ich sagen: von Berlin bis zum Bärken Rosenstein ist man einer Meinung, daß es falsch wäre, noch lange mit der Anerkennung der jungen chinesischen Republik zu warten und noch erst der Frage „näherzutreten“. Wir können die bisherige deutsche Politik gegen China nicht billigen. Wir müssen verlangen, daß die Diplomatie nicht so Fußwegen verhandelt wird. Bei Ausbruch des japanisch-russischen Krieges war unsere Diplomatie „beruhigt“, ebenso bei der Annexion Bosniens 1908 und zuletzt 1912 beim Ausbruch des Balkankrieges. Man hat das Gardeprinzip auf die Diplomatie übertragen. Es herrscht nur eine Stimme, daß die Verhältnisse von Grund auf reformiert werden. Als mit dem bisherigen bürokratischen System muß gründlich gebrochen werden. (Beifall reht.)

Unterhaushaltssekretär Zimmermann: Die gestrige Erklärung des Staatssekretärs in der Frage der Anerkennung der Republik China ging dahin, daß wir, sobald die Präsidentenwahl vollzogen sei, gern der Frage der Anerkennung näher treten würden. Wenn da hineininterpretiert wird, daß das nach alten diplomatischen Gebräuchen sehr lange dauern könne, so ist das eine ganz willkürliche Auslegung. Wir können auch schnell arbeiten, wir sind entschlußfähig. Herr Abgeordneter Dr. Müller-Meinungen, und werden es Ihnen auch hier wieder einmal beweisen. Wir haben über die Berichterstattung aus Peking nicht zu klagen gehabt. Die Berichterstattung ist sehr gut, vielleicht nicht so gut wie die des Herrn Dr. Müller-Meinungen, die sich auf Klatsch und Tratsch der Shanghaier Bars stützt. (Unruhe links.) Daß wir allein die chinesische Anleihe nicht geben können, wird auch Herr Dr. Müller-Meinungen klar sein. Kann führt der Abg. Dr. Müller-Meinungen Beschwernde darüber, daß unsere diplomatischen Vertreter im allgemeinen zur geeigneten Zeit nicht auf ihren Posten sind. Die Beamten sind nur Menschen und brauchen auch Urlaub und Erholung. (Beifall reht.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich habe den Herrn Unterhaushaltssekretär nicht unterbrochen; aber es scheint mir doch nicht am Plage, Abgeordneten, die gemessenhaft auf Grund von Informationen ihre Ausführungen machen, vorzuwerfen, daß sie das auf Grund von Klatsch und Tratsch tun. (Unruhe reht.)

Unterhaushaltssekretär Zimmermann: Ich weiß nicht, ob eine derartige Kritik eines Vertreters der Bundesregierung dem Präsidenten zuzufest.

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich habe keine Kritik geübt, sondern nur den Wunsch ausgesprochen, daß solche Ausführungen nicht stattfinden. (Wiederholte Unruhe und Jurufe reht.)

Abg. Dr. v. G. (Wirtsch. Sog.): Kein politisch reifes Volk wird es es ertragen, wenn wir unsere eigenen Interessen fest in den Vordergrund stellen. Das Zusammenwirken Deutschlands und Englands ist erfreulich. Der französische Chauvinismus zeigte sich weit vor unserer Vorkriegsperiode.

Abg. Dr. Weisler (Sentz.): Wir schließen von der Ansicht des Staatssekretärs über den Vorfall von Nancy an. Bezüglich des 3. Anlaufes ist Aufklärung dringend nötig. Aber die Balkanverhandlungen sollte uns alsdann ein Weisbuch vorgelegt werden, damit wir nicht auf Klatsch und Tratsch angewiesen sind. (Sehr gut.) Den jetzt eingetretenen zeitlichen Balkanstillstand auf dem Balkan begrüßen wir. Angebracht wäre es wohl gewesen, wenn der Reichstag das chinesische Parlament begrüßt hätte. Aber die Anerkennung des deutschen Kaufmanns durch den Staatssekretär hat mir durchaus beifällig; die Haltung unserer Behörden im Ausland muß sich aber ändern, wenn der deutsche Kaufmann noch weiter Vertrauen haben soll. (Beifall im Zentrum.)

Unterhaushaltssekretär Zimmermann: Ich habe nicht im entferntesten die Gemessenhaftigkeit des Abg. Müller-Meinungen in Behandlung seines Materials in Zweifel ziehen wollen. Ebel und die Monopole sichern sich gegenseitigen Schutz der Interessen zu, für unseren Handel wollen wir die offene Tür schließen.

Abg. Dr. Paasche (Stal.): Unsere Zukunft liegt auf und über dem Wasser, wir sind gezwungen, Weltwirtschaft zu treiben. Aus meinen Erfahrungen in China kann ich nur befehlen, daß unsere dortigen Beamten volles ihre Schuldigkeit tun. Und daß deutsche Anleihen in China an denen, die



vor einem Dringen notwendig, daß wir größeren Wert auf die vorliegende Schlußfassung legen. Auch auf den Ausbau der Sozialdemokratie muß besonderes Gewicht gelegt werden. (Beifall bei den Nationaldemokraten.)

**Staatsrechtler v. Sagan:**  
Ich muß auf die Angelegenheit des Ordnungsrates noch zurückkommen. Ich bin mir nicht im Zweifel gewesen, daß mit einem Ordnungsrat des Präsidenten eine Sache für das Parlament erledigt ist. Ich muß es aber für mich in Anspruch nehmen, meinerseits Verwahrung einzulegen in einer Angelegenheit der auswärtigen Politik, wenn dies zur Abwehr eines Angriffes im Interesse der Wähler der Beziehungen zu anderen Völkern notwendig erscheint. (Bravol rechts.)

**Abg. Dr. Weill (Soz.):**  
Ein gewisser Chauvinismus in Frankreich ist nicht zu leugnen, seine Schädigung wird aber übertrieben. Die Pariser Wähler sind einzig in ihrer Erregung gegen die Auslieferungen in Rußland.

Mit ernstlicher Offenheit behaupten sie diesen Fall. Jede Annäherungsmöglichkeit zwischen Deutschland und Frankreich fällt aus gewissem Kreise in Deutschland auf die Waage. Die Verletzung der Autonomie in Albanien ist unbedingt nötig; da handelt es sich nicht um ein Unabgesetztes, sondern um die Erfüllung einer selbstverständlichen Forderung.

**Abg. Ahlborn (Christf. Wpt.):**  
Der freie Handelsverkehr an der Westküste Karolins wird durch das Eingreifen der französischen Regierung geradezu unmöglich gemacht. Wegen der Anwesenheit der französischen Truppen in Algerien und ihre Werbungsversuche auf deutschen Grund und Boden müssen wir uns entschließen wehren, und es ist für uns bedauerlich, daß die deutsche Regierung nicht schon früher gegen diesen Menschenhandel für Afrika eingeschritten ist.

**Unterstaatssekretär Zimmermann:**  
Ist Aufführung über einen Zwischenfall in Casablanca, bei dem Deutsche beteiligt gewesen sind und sagte Prüfung dieser Angelegenheit zu; Weder das weitere eine Aufführung über die Beteiligung Deutscher bei der Bombenexplosion.

**Abg. Wehner (Christf. Wpt.):**  
Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Sagan (Str.), Dr. Dose und Dr. Müller-Weinigen (Christf. Wpt.) verlagte sich das Gerede zur Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Der Präsident kündigte an, daß in der nächsten Woche ein oder zwei Dutzend oder Hunderttausend abgefallen werden würden. Schluß 8 1/2 Uhr.

## Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 18. April 1913.

Am Regierungstische: Dr. Lange, Dr. v. Schölerer, Dr. Eymann.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Bühm eröffnete die Sitzung am 11 1/2 Uhr.

Bei der dritten Beratung des Staatshaushaltssetzungs für 1913 bemerkte in der Generaldebatte:

**Abg. Pöppmann (Christf. Wpt.):**  
Der Landtag muß früher einberufen werden; die Regierung bringt ihre Vorlagen zu spät ein. Die Zusammenlegung dieses Hauses entspricht nicht den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes. Hauptächlich ist der Grundbesitz vertreten, während von der Industrie und dem Handwerk, den politischen Parteien, nur sehr wenige Mitglieder des Hauses sind. Daß die Zusammenlegung dieses Hauses für die Wirtschaft ist, ist im Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse zu bezweifeln. Die Zusammenlegung ist ein Verstoß gegen die Prinzipien der Demokratie. Die Zusammenlegung ist ein Verstoß gegen die Prinzipien der Demokratie. Die Zusammenlegung ist ein Verstoß gegen die Prinzipien der Demokratie.

**Abg. Wehner (Christf. Wpt.):**  
6 1/2 Millionen preussischer Staatsbürger wählen in der dritten Klasse. Ein solches ungerichtetes Wahlrecht kann schließlich nur dahin führen, daß die Sozialdemokratie immer größere Erfolge hat. Die Verteilung der politischen Kräfte in diesem Hause entspricht der Verteilung der wirtschaftlichen Kräfte im Vaterlande nicht. (Widerpruch rechts.) Was 1890 für die Wahlrechtsverteilung galt, kann heute nicht mehr gelten. Allseitige Hoffnung, daß bei den nächsten Wahlen etwas neues herauskommen wird, haben wir bei der Haltung der Sozialdemokraten verloren. (Stimmliche Beifall rechts.) Wir sind der Zukunft, das preussische Volk wird nicht verfallen, denn es ist mündig geworden. (Beifall links.)

**Abg. Reinert (Soz.):**  
Künftliche Hemmungen durch ungerechte Wahlweise hat es in allen Ländern gegeben, aber überall war damit der Fortschritt doch nicht aufgehoben. Für dieses Dreiklassenparlament wäre in richtiger die Bezeichnung Ein-Klassenparlament. Denn es ist nur eine bestehende Klasse vertreten, die ein Interesse an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Herrschaft hat. In Wagnedurg und Braunschweig hat die Folge eine grenzenlose Blamage erlebt und das Ansehen des Deutschen Reiches im Ausland herabgesetzt. Die Demokratie der Staatsverwaltung leidet natürlich die Vertiefung der Unterherrschaft. Das will natürlich nicht die Regierung, die in ihrem Kampf gegen das Volk durch dieses Dreiklassenparlament unterstützt wird. Die konservative Partei hat bei 417 000 Stimmen je 215 Abgeordnete, während die Sozialdemokraten bei 600 000 Stimmen nur 6 Abgeordnete haben. Nennen Sie eine bezügliche Zusammenlegung eine Vertretung des preussischen Volkes? Dem arbeitenden Volke sind alle Vorken aufgelegt worden, aber die Ritter- und Gutsbesitzer werden entlastet. Und die Reichsregierung folgt gesammelt den Konventionen. Die neuen Behördenvorgaben werden tatsächlich nicht von den bestehenden Klassen getragen. Die Vertretung der bestehenden Klassen wird wiederholt gegen das, was den freien Willen dadurch an Vorken aufgelegt wird. Wir werden dafür einreden, daß das Volk einen einheitlichen Willen bezeugt, den Willen zur Tat. Die Erziehungsbefugnisse für die Geistlichen waren natürlich viel niedriger, als daß man den Gutsbesitzer der Kinder der Unterbeamten stülte. Der Gutsbesitzer von Gadenen, dessen Zinnscheibe wir erst haben, hat sechs ausgegeben, daß er damit ein glänzendes Geschäft gemacht hat. Er ist also auch Ausbeuter der mangelhaften Volkspolit. (Präsident Graf v. Schwerin-Bühm: Ihre letzten Ausführungen sind unzulässig, ich rufe Sie zur Ordnung!) (Beifall rechts.) Die erwähnte Verbesserung besteht noch. Das Volk leidet unter einer unglücklichen Lebensmittelerzeugung. Dazu kommt, daß die jetzige Hofkonsumtur im Schwinden begriffen ist. Trotzdem steht die Regierung diesen wirtschaftlichen Erscheinungen vollständig sorglos gegenüber. Durch die natürlich unterstützte Jugendbewegung wird man die Sozialdemokratie nicht besänftigen können. Die Parteien den bestialischen Chauvinismus und bringen den bei

stehen Arbeiter die preussischen Staatsbürger zum Gelingen ihres grandiosen Kampfes dar! (Beifall bei den Soz.) Sie (zur Rechten) räumen immer Ihre Kräfte ein. Sie sind nur Königstiere, weil das königliche Wahlrecht der preussischen Wahlreform noch nicht eingeleitet ist. (Widerpruch rechts.) Es ist ein gebrochenes Wahlrecht. (Schäfts-Platzrecht rechts.) (Präsident Graf v. Schwerin-Bühm: Sie sind sich zum zweiten Male eine feste Unmöglichkeit gefühler. Ich rufe Sie zur Ordnung! Beifall rechts.) Wir führen allerdings einen Wahlkampf mit ungleichen Waffen, alles ist gegen uns, aber in diesem Kampf wird es heißen: Wehe dem Sieger. Das Volk wird doch Sieger werden über die Demagogie. (Beifall bei den Soz.)

Minister des Innern v. Dallwitz:  
Die Ausweisung eines französischen Genossen ist dem Ministerium noch nicht vorgelegt worden, ich bin auf die Zeitungsnachrichten angewiesen, und wenn die zurechtfindend sind, nehme ich nicht Anstand, schon heute zu erklären, daß das Vorgehen der Polizeibehörde nicht nur berechtigt, sondern geradezu übertrieben ist. (Widerpruch rechts.) Zu einigen allgemeinen Bemerkungen bin ich noch genötigt durch die Ausführungen des Vorredners, die bezüglich von den Verhältnissen im Lande, das preussische Staatsleben im Innern und Auslandes, ergibt sich. (Zehr richtig! rechts, Zurufe bei den Soz.) Denn wenn einem anderen Zweck konnte es nicht haben, wenn die Abg. Stroebel, Viehrecht usw. hier immer wieder das Dreiklassenwahlrecht als ein ungerichtetes Wahlrecht kennzeichnen. (Abg. Hoffmann: Verfassungsbrecherei), einen anderen Zweck konnte es nicht haben, wenn der Abg. Viehrecht im Reichstag von den schamlosen politischen Verhältnissen in Preußen und der Abg. Eidelund von der hinterlistigen Beeinträchtigung der Rechte der Arbeitermitteln (Sprach Abg. Hoffmann: Sehr gut!) und wenn der Abg. Stroebel sogar den Verfall machte, die gesamten preussischen Beamten, insbesondere die Landräte, die Kreisverwalter, die Gemeindevorstände, die Amtverwalter und der Unterbeamten, daß berechtigt die Hauptursachen von Unzufriedenheit und Verzerrung sind, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Ordnung der Arbeiterverhältnisse auch für Preußen in der Hauptstadt nicht Sache der Landesgesetzgebung, sondern der Reichsgesetzgebung ist. Das Reich hat in den letzten Jahrzehnten mit Zustimmung, ja vielfach auf Veranlassung der preussischen Reichsversammlung, die Arbeiterverhältnisse gelehrt, als freies ein anderer Staat. (Zehr richtig! rechts.) Auch die preussische Gesetzgebung hat die auf die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse gerichteten Bestrebungen zu jeder Zeit selbstverständlich unterstützt und ergänzt. Wenn trotz alledem die Herren Sozialdemokraten sich darin gefallt, immer wieder die seltam bekannten alten und schon verlassenen Schlagwörter von der Entziehung und Beschneidung, von der Ausbeutung und Verelendung der breiten Massen des Volkes hier vorzubringen, so drängt sich geradezu die Frage auf: wie kommt es denn, daß, wenn tatsächlich solche verurteilten und ungeheuren Zustände in Preußen obwalten, wie die Sozialdemokraten glauben machen wollen, daß andere einseitige Arbeiterkräfte dauernd im Innern bleiben? (Zuruf bei den Soz.) Wie kommt es denn, daß beispiel in Preußen die Auswanderung nach dem Ausland herabgesetzt ist, während vor nicht langer Zeit vor der Durchführung unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik ein nicht unerheblicher Bruchteil der wertvollsten Bevölkerung abwanderte? Wie kommt es denn, daß gerade umgekehrt jetzt allfährlich ausländische Arbeiter in Scharen zu uns hereinströmen, hier zu bleiben und sich einbürgern lassen? Sie kommen zu uns, weil sie in unserem preussischen Vaterlande bessere Arbeits- und Lebensbedingungen finden als in ihrer Heimat. (Zehr richtig! rechts), weil unsere Gesetzgebung und unsere Behörden den Arbeitern Schutz und Mithat gewähren und ihre Interessen wahrnehmen, so weil dies nur mit dem Interesse der Gesamtheit vereinbar ist. (Beifall rechts.) Nicht in die Grobkapitalisten zu gewinnen, die Sozialdemokratie von der Regierung bekämpft, sondern will die Regierung in erster Linie berufen ist, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen den Ansturm der Sozialdemokratie zu verteidigen. (Zehr richtig! rechts.) Wir bekämpfen die Sozialdemokratie, weil sie die gesellschaftlich und rechtlich begründete monarchische Spitze in Preußen und im Reich beseitigen und durch die Republik ersetzen will. Wenn die Sozialdemokratie jetzt zur Erreichung ihrer verwerflichen Zukunftspläne sich anlehnt, den preussischen Staat durch die

**Einführung des Reichstagswahlrechts**  
oder eines noch radikaleren Wahlrechts zu erziehen, so ist es Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, dem entgegenzutreten und alle patriotisch geklimten Kräfte auf die hierin enthaltene Gefahr aufmerksam zu machen. (Schäfts-Platzrecht rechts.) Das Reichstagswahlrecht und das Reichstagswahlrecht haben länger als 40 Jahre nebeneinander bestanden, ohne daß die Interessen des Reichs oder des Staats dadurch gefährdet worden sind. Alle Schichten der Bevölkerung besitzen in nationalen und sozialen Fragen jetzt schon das gleiche Wahlrecht. Ich erinnere nur an die Beispielsfälle für die Meierei und Marine, an die Rechtspflege, an das Handelsrecht, an die Projektordnung, an die Zölle, indirekten Steuern und an das ungeheure Gebiet der sozialen Gesetzgebung, vor allem die Gewerbeordnung, die Arbeitergesetzgebung, bei allen diesen Fragen ist schon jetzt der ungelernete Arbeiter in gleichem Umfang wie der geübte Beamten in der Lage, sein Wahlrecht auszuüben. Wenn wir aber in allen diesen Fragen gerade die Interessen der minder bemittelten Schichten vorzugsweise berücksichtigen, kann dann es nur als billig erachtet werden, wenn in dem dem Landtag vorgehaltenen Saal, insbesondere im Inneren, die direkten Steuern, und der inneren Verwaltung, in den kulturellen Verhältnissen der Bevölkerung mehr entsprechendes abgestuftes Wahlrecht vorgelesen ist. Nach all dem kann die Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag nicht in Frage kommen, weil dies eine Schwächung der Grundgesetze bedeuten würde, welche den preussischen Staat zum festen Bollwerk gemacht haben, an dem die Wellen des Umsturzes sich brechen. (Beifall bei den Soz.)

**Abg. Fehr v. Heilig (Freiwil.):**  
Ich will nur erklären, daß wir in Übereinstimmung mit der Auffassung des Reichstages der Meinung sind, daß der preussische Staat als solcher dort gehen alle sozialdemokratischen und verwandten Bestrebungen in seiner Eigenart fest erhalten werden muß! (Beifall bei den Soz.)

**Abg. Dr. Friedberg (Stat.):**  
Wir halten die Reform des Wahlrechts für eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung. Der Mittelstand leidet unter dem Terrorismus der Konventionen. So lange die öffentliche Macht aufrecht erhalten wird, kann der Mittelstand niemals zur Befriedigung gelangen. (Zehr wahr!) Ich beziehe die Stellung der Regierung nicht. Sie hat eine Wahlreform vorgelegt, die vollständig der übertriebenen Meinung des Landes nicht zur Verabschiedung gelangen konnte. Daraus aber den Schluß zu ziehen, daß die Regierung erst dann zu einer neuen Vorlage Veranlassung habe, wenn sich die Auffassung des Landes geändert hat, das hätte ich für eine ganz besondere Sache. (Zehr richtig!)

Die Rede; die der Abg. Reinert gehalten hat, war durchwegs mit alten Tadeln versehen. (Zehr richtig!) Bei seinen Ausführungen hat der Abg. Reinert auf das Großartigste in der Lage gehabt und eine Schlußfolgerung daraus gezogen, die ich nicht so ganz von der Hand weisen kann. (Große Beifall.) Es sind manche Anspielungen vorhanden, daß unsere Staatsbehörden auch bei den nächsten Wahlen sich gewisse Begünstigungen zu Schulden kommen lassen. (Zuruf bei den Soz.) Was kann ich nicht wundern, daß die Art der Agitation der Sozialdemokratie einen Gegenstand erzeugt und daß in weiten Kreisen unseres Volkes der Wunsch laut wird, diese Art der Agitation mit Zwangsmaßnahmen zu bekämpfen. Die Bevölkerung Deutschlands wird mit der Zeit begreifen, daß nicht diejenigen ihre wahren Führer sind, die den Krieg predigen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern diejenigen, die einen gerechten Ausgleich zwischen beiden wünschen. (Beifall bei den Soz.)

**Abg. Pöppmann (Christf. Wpt.):**  
Der Minister meint, daß der kulturellen Entwicklung gemäß abgestufte Dreiklassenwahlrecht aufrecht erhalten werden. Es ist unbestreitbar, daß man ein Wahlrecht vereinbart, das die seit 1890 eingeleitete Entwicklung unseres Vaterlandes einfach ignoriert. Das heißt selbst die Zeit vor der Erneuerung, das die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Entwicklung erfahren haben, die eine Reform des Wahlrechts als eine wichtige Aufgabe der Gegenwart erscheinen läßt. Das Ideal, das wir verfolgen, ist ja die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Aber wir sind auch mit weniger zufrieden. Unterfragen Sie die Gefahr der Sozialdemokratie nicht. Wegen sie wird man nur mit Erfolg vorgehen können, wenn man jedem Staatsbürger gegenüber Gerechtigkeit übt.

**Abg. Stroebel (Soz.):**  
Der preussische Sozialist in Magdeburg war Gast des deutschen Volkes, der Gast der Arbeiter. Man hätte ihn deshalb respektieren sollen. Er hatte die Pflicht, in Deutschland aufstehend zu wirken über die Reichstagspartei der französischen Volkes. Das sich als ausländischen Arbeiter bei uns nicht wohl fühlen, beweist die Tatsache, daß sie sich der Sozialdemokratie anschließen.

**Abg. Gerold (Str.):**  
Wir erstreben mit aller Energie eine gründliche Reform des Wahlrechts, aber um Verfestigungen auf der einen Seite zu wollen wir nicht Verfestigungen auf der anderen Seite zu tun nehmen.

**Abg. v. Sagan (Christf. Wpt.):**  
Nach meinen Bemerkungen der Abg. Pöppmann (Christf. Wpt.) und Dr. Friedberg (Stat.) wurde die Debatte geschlossen. Nach weiteren persönlichen Bemerkungen der Abg. Hoffmann (Soz.) und Dr. Friedberg (Stat.) wurde in der Spezialberatung eine Reihe kleinerer Etats ohne Debatte genehmigt.

**Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten**

**Abg. Johannsen (Freiwil.):**  
Im Einvernehmen mit meinen Freunden habe ich indessen auf die Verhältnisse in Nordschleswig folgendes zu erklären: Der Spontanvertrag vom 11. Januar 1907 legte der dänischen Regierung die Verpflichtung auf, ihrerseits alles zu tun, um die Bekehrung der nordschleswigschen Bevölkerung durch dänische Agitation zu beschleunigen. Trotzdem beteiligen sich an ihrer Agitation bis in die neueste Zeit hinein aktive dänische Beamte (hört hört), sogar auch Offiziere, sowie die dem dänischen Ministerium nahegehende Presse. In betreff der Staatenliste in Nordschleswig sprechen wir die Erwartung aus, daß bei der geplanten Neuverteilung nicht wieder wie beim Spontanvertrag verfahren wird, der 6000 Personen das Recht der preussischen Staatsangehörigkeit mit dem Erfolg gab, daß diese Ostanten nun offen in der dänischen Presse übergehen (hört hört!). Wir erwarten, daß sich die Staatsregierung nicht durch Rücksichten irgendwelcher Art beschließen läßt, bei der Verteilung des Gebietes der Stärkung des Deutschtums in der Nordmark. (Beifall bei den Soz.)

**Abg. Wehner (Christf. Wpt.):**  
Die Staatsfonds für Fortankäufe reichen nicht aus. Deshalb müssen mehr Mittel für die Fortankäufe zur Verfügung gestellt werden.

**Abg. Dr. Schröder-Rosell (Stat.), v. Kessel (Konst.), Reiche-venth (Freiwil.), Dr. Gaislart (Konst.) und Hagedorn (Christf. Wpt.)** legen dem Hause keine Voten vor.

**Landwirtschaftsminister Fehr v. Schölerer:**  
Die amtligen Bestimmungen über die Hochwasserflächen in den Kreisen Wolters, Hannau usw. haben ergeben, daß weniger landwirtschaftliche Grundstücke besichtigt worden sind. Zur Verbesserung des Obstandes ist die Landwirtschaftsverwaltung seit Anfangs beauftragt, die einzelnen Provinzen mit Hilfe der Landwirtschaftskammern nach Möglichkeit zur Unterfertigung der Interessenten zu veranlassen. Eine Vereinfachung erheblicher Staatsausgaben zu diesem Zwecke kann aber leicht zu einer gewissen Verzögerung bei der Anspaltung von Ost führen. Die Regierung wird die Förderung des Obstandes nach Möglichkeit unterstützen. Bezüglich der Festlegung der Termine für den Beginn und den Schluß der Schöngelz haben die Beteiligten möglichst freie Hand. In der Frage der inneren Kolonisation verzweigt die Regierung die Ansicht, daß die Besiedlung der Kolonialgebiete Sache der Gemeinden und der zu diesem Zweck gebildeten Gesellschaften bleiben muß und daß der Staat sich selbst zum Träger der Besiedlungen nicht machen darf. Dann möchte ich noch eine Darlegung des Abg. Reinert berichten, die derselbe in der zweiten Sitzung über die Verpachtung einer Domäne gegeben hat. Der Wächter war nicht mit einem Einkommen von 2700 Mark veranlagt, sondern verzeichnete ein durchschnittliches Einkommen von 12 000 Mark.

**Abg. v. Kessel (Konst.):**  
Ich bitte den Minister, 130 000 Mark mehr in den nächsten Etat zur Förderung des Ob- und Gemischtes einstellen zu wollen. Die Feuerung ist nun einfach auf das Schuldenkonto des Reichs; er liegt an den Verhältnissen eines sich schnell entwickelnden Kulturstaates.

**Abg. Reinert (Soz.):**  
Daß meine Angaben über die Domäne nicht richtig gewesen sind, werde ich nie natürlich zurücknehmen.

**Abg. Dr. Wehner (Christf. Wpt.):**  
Nichtig wurde in einem sozialdemokratischen Betriebe einem Arbeiter, der höheren Lohn beantragt, geantwortet, wenn es ihm nicht gefalle, könne er ja gehen. (Zuruf bei den Soz.) Das ist nicht richtig! Abg. Heilig: Gemeinheitsbildung! — Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Bühm: Ich rufe Sie wegen dieses Unspruchs zur Ordnung! Wehner zeigte eine Änderung des Sachverhalts, daß bei dem Verfahren vor dem Reichsgericht beiden Parteien die Möglichkeit gegeben werde, die Sache vorzutragen.

**Abg. Dr. Wagnen (Christf. Wpt.):**  
Die Sozialen Vorken für die Landwirtschaft sind nicht gleichmäßig verteilt. Die Verteilung erfolgt vielfach zum Vorteil des Großgrundbesitzes und zum Nachteil für die kleinen Landwirte. Der Grund der Landwirte besteht diesen Landwirten zum Schaden











Vermischtes.

Der Detektiv und das Dienstmädchen.
Zur Gymnastikaffäre.

Ein Strafverfahren gegen den Detektiv Schwarz, der in der Affäre des auf mysteriöse Art verstorbenen Oberförstereiers Tiemann eine so unruhigende Rolle spielte, ist jetzt von der Behörde wegen Anmahnung eines öffentlichen Amtes eingeleitet worden. Schwarz zeigte, als er in Rumeloburg in Vornheim seine Nachforschungen begann, der Ortsbehörde eine oafae Notizkarte vor, die nur die Aufschrift: "Detektiv-Berlin" trug. Die Behörde segnete ihn damit und glaubte in Schwarz einen Berliner Spitzelbeamten vor sich zu haben. Diese Beamten aber wirklich, wenn sie außerhalb des Landespolizeibereiches Berlin tätig sind, sind den zuständigen Behörden durch ein mit dem Dienstfeld ihrer vorgesetzten Behörde versehenes Schriftstück auszuweisen. In Rumeloburg wurde es Schwarz nicht aberkannt. Man stellte ihm lediglich auf die Wegkarte hin dem Polizeizeugenaum zur Verfügung, der dann auch im Auftrage des Detektivs wiederholt Ermittlungen für ihn angestellt hat. Auch nach der angeblichen "Aufführung des Verbrechens" hielt Schwarz die Fälschung aufrecht; auch in der öffentlichen Entlohnungsanzeige in dem Rumeloburger Blatte: "Paul Schwarz, Detektiv, zukünftigst am tätigen Polizeipräsidium, Berlin-Charlottenburg". Zugleich mit der Behörde geht der Vater des Dienstmädchens Heinrich gegen Schwarz vor. Er hat bereits Strafanzug gegen ihn gestellt. Die Detektivinstanz haben sich gegen die Art und Weise, wie Schwarz vorging, Stellung genommen. Schwarz, der früher von Beruf Tischler und dann Sattler war, erlernte sich scheinbar schon nicht des besten Rufes. Im Laufe des Vormittags wurden verschiedene Angehörige der Familie Tiemann von der Staatsanwaltschaft vernommen.

Feuer in Worspene. In der Künsterkolonie Worspene hat eine Feuersbrunst eines der schönsten modernen Künstlerhäuser eingeschlagen. Das Haus gehörte der Berliner Malerin Sife Salin.

Feuersbrunst. In Friede in Südostbrannten zwanzig Häuser nieder. Zahlreiche Familien sind obdachlos.

Explosion einer Dynamitombe. Aus Hilsdon wird gemeldet: Im Erdgeschoss eines Hauses am Plage Amareira erfolgte die Explosion einer Dynamitombe. Das Haus wurde zum größten Teil zerstört. Ein junger Mann, der sich mit der Herstellung von Bomben beschäftigte, erlitt so schwere Verletzungen, daß er sterbend in das Hospital gebracht wurde. Der Vater und die Mutter des schwererkranken jungen Mannes wurden verhaftet. Die Polizeibehörde befehligte verschiedene bereits fertiggestellte und eine große Anzahl noch in Arbeit befindlicher Bomben.

Eine Familie durch Kopfschmerz gestört. Nach dem Genuß von Rognett erkrankte in Aitenein eine neunköpfige Familie. Ein Knabe von sechs Jahren ist gestorben, das Befinden der übrigen ist bedenklich.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

Telephonischer Bericht der „Sante-77“.
3 Uhr 10 Minuten. Kredit 197,75. Diskonto 184,87. Deutsche Bank 250,25. Türkulose 159,75. Lombarden 25,75. Kanada 242. Laurahütte 178, Bochumer Guss 221,75. Gelsenkirchen 200,50. Harpener 198,50. Deutsch-Luxemburg 165,12. Phönix 267,25. A.-E.-G. 246,12. Hamburger Paketfahrt 148,75. Nordd. Lloyd 118,75. Große Berliner Strassenbahn 167,63. Hansa 311,50. Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Schultheissbrauerei 3,50. Ammendorfer Papier 4. Adler-Fahrrad 6,25. Balcke Masch. 3,40. Daimler-Motoren 5. Hartmann Masch. 5. Stettiner Vulkan 2,50. Ver. Nickelwerke 5,25. Kammerische Werke 4. Wanderer Werke 4. Deutsche Spiegelglas 3. Rhein. Spiegelglas 13. Schalken Krahe 9,50. Gustav Genschow 2,50. Hirschberger Leder 4. Karl Lindström 5,50. Hindrichs 5. Aufmann 5. Naupha-Produkt-Ges. 5. Kahlia Porzellan 4. Triplis Porzellan 4. Höxter Zement 3. Nordd. Juteverspinner 3,50. Elberfelder Farben 3,25. Riedel 5. Annener Gussstahl 2,50. Deutsche Schachtbau-Ges. 3. Arenberger Bergwerk 8. Capito & Klein 3. Konkordia Bergbau 7. Essener Steinkohle 5. Wittener Stahlrohren 5. Rhein-Nassau 2,50. Deutsche Erdöl-Ges. 4,50. Union chem. Fabrik 4,25. Königshorn 4. Braunschweiger Kohlen 6. Kölnener Bergwerke 17,75. Rhein-Westf. Zement 4,50. Kirchner & Co. G. Nordd. Spirit 3,50. Hugo Schneider 3,75. Wissener Metall 6,25. Lahmeyer 5. Konsolidation 6,50; niedriger: Kappel Maschinen 7,50. Vogtländ. Maschinen 4,50. Deutsche Wafenfabrik 4. Rottweiler Pulver 2,25. Lindener Weberer 5. Badische Anilin 4. Langendreer 6. Rasquin Farbwerke 6,50.

Zum Kursnotiz. Berlin, 15. April.
Anleihe 1900 unkr. 12 97,50/100. 4 1/2% Goldrente Staatsanl. 134,00.
4% Bayerische Staats-Anleihe unkr. 1918 99,40. 4% Schwabens-Börz-Bonds unkr. 100. 3 1/2% Württemb. Staats-Anleihe 81-93 99,00/100.
3 1/2% Kameruner Eisenbahn-Anleihe 100. 4 1/2% Deutsch-Ostafrikanische Schutzgeb. unkr. 82,75. 4% Cottbusser Stadt-Anleihe 1900 unkr. 100. 4% Darmstadt. Stadt-Anl. 1900 unkr. 100. 3 1/2% Dessauer Stadt-Anleihe 1900 unkr. 100. 4% Desseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 37, 55, 03, 08, 09, 10 unkr. 100. 4% Jänner Stadt-Anl. 1900 unkr. 100. 3 1/2% Jänner Stadt-Anl. 1900 unkr. 100. 4% Jänner Stadt-Anl. 1900 unkr. 100. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unkr. 100. 1913 unkr. 100. 4% Throner Stadt-Anl. 1909 unkr. 100. 4% Throner Eisenbahn-Komm.-Obl. K. 211 98,40. 3 1/2% Eisenbahn-Komm.-Obl. Nordwestbahn-Obligationen 1874 unkr. 100. 4% Eisenbahn-Komm.-Obl. West-Band-Gem. 140. General Mining & Flu. Werke unkr. 100. 4% Elberfelder Farben unkr. 100. 10,75. Falson & Gulliesauer-Lahmeyer 03, 03 unkr. 100. Vereinigte Lausitzer Glaswerke 37,00/100.

Londoner Börse vom 15. April.
Die Generalversammlung des Portlandzementwerks „Tontonia“ setzte die Dividende auf 7 1/2 (i. V. 5) Proz. fest. Die Verwaltung teilte auf Anfrage mit, dass das Beteiligungskonto die Beteiligung an der Halenbaugesellschaft u. d. H. in Misburg beträfe. Die Verwaltung glaube hierdurch verschiedene Vorteile zu erzielen. Die Produktionsmöglichkeit des Unternehmens be-

trage 1 Mill. Fass. Die neuen Anlagen entsprechen voll den Erwartungen. Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr seien für das Vorjahr als vorteilhaft zu verzeichnen. Die Zustandekommen des Zusammenschlusses in der Zementindustrie ab, über das im Augenblick wenig zu sagen sei.

Deutsche Kunstleder A.-G. in Kötz (bei Coswig). Nach dem Geschäftsbericht war die Beschäftigung während des ganzen Jahres betriebliegend. Der Rohgewinn betrug 513.149 Mk. Der Vorstand empfiehlt zu Abschreibungen 130.119 (i. V. 129.206) Mk. zu verwenden und den Ueberschuß wie folgt zu verwenden: Rücklage 17.343 (22.24) Mk. wie schon gemeldet, 10 (9) Proz. Dividende, 240.000 (216.000) Mk. Sicherheitsbestand 13.762 (9884) Mk., Rücklage II wieder 15.000 Mk., Unterstützungsbestand 5000 (4669) Mk., Rückstellung für Talonsteuer wieder 3000 Mk., an den Aufsichtsrat 19.675 (16.071) Mk., an Vorstand, Beamte usw. 34.000 (32.959) Mk. und Vortrag 35.251 (36.177) Mk. Der gesamte für 1913 vorliegende Auftragsbestand sichert sowohl dem Kötzter Werk als auch den angeschlossenen Kunstlederfabriken Karl Bockhacker G. m. b. H. in Gummersbach (Rheinl.) für mehrere Monate ausreichende Beschäftigung.

Deutsch-Böhmische Kohlen- und Briquet-Werke Akt.-Ges. in Dresden-Blasewitz. Für 1912 verteilt die Gesellschaft 12 Proz. Dividende (i. V. 10 Proz.). Dem Unternehmen stehen die Deutsche Bank und die Anglo-Oesterreichische Bank nahe.

Die Franz Seyfert Akt.-Ges. (Metallindustrie) in Berlin dürfte nur eine Dividendenerhöhung von 3 auf 9 Proz. pro 1912 vorschlagen, obwohl die Verwaltung der Ansicht ist, dass an sich die Ausschüttung einer höheren Dividende möglich sei.

Der Verkaufspreis für Primarsprit frei Halle ist, mit Gültigkeit von heute ab, wie folgt festgesetzt: Zur prompten Lieferung auf 63,50 Mk., zur Lieferung per Mai/September 1913 auf 63,50 Mark, zur Lieferung per Mai/Oktobre 1913 auf 63,50 Mk. Verbrauchsabgabe mit 125 Mk. zu Lasten des Käufers.

Ein Verband sächsischer Streichgarn-Lohnspinnereien ist in Reichenbach i. V. gegründet worden. Dem Verbands gehören bis jetzt Firmen mit insgesamt 30.000 Spinnstühlen an. Zweck der Vereinigung ist u. a. die Festsetzung und Aufrechterhaltung angemessener, gemeinsamer Mindestpreise und Bedingungen für die Streichgarnlohnspinnerei.

Döring & Lehmann Akt.-Ges. für Bergwerks-, Erd- und Bauarbeiten zu Helmstedt. Der Aufsichtsrat beschloss die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. (wie i. V.) in Vorschlag zu bringen.

Erhöhung der Weizenmehlpreise. Wie man aus Mannheim schreibt, erhöhte die Reinigungssyndikate die Grossmüllerei die Weizenpreise um 25 Pfg. pro 100 kg. Danach kostet jetzt Nr. 0 31,75 Mk.

Der Kall-Kuxonmarkt.

Table with columns: Name, Markt, Verk., Preis, Name, Markt, Verk., Preis. Lists various commodities like Hülstedt, Johanneshall, Justus-Aktien, etc.

Waren und Produkte.

Berliner Produktenbörse, 15. April. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 198,00-205,00 ab Bahn u. frei Mühle. Roggen inländ. 168,00-164,00 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pomm., preussischer, posener und schlesischer feil 176-188, mittel 165-175, gering ... russisch unkr. Donau mittel ... gering ... ab Bahn und frei Wagen ... russischer Neapel ... amrk. mixed 148,50-151, rund 154,00-156,00 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 160-153, gute 159,00-168,00 russische und Donau leichte ... schwere ... ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futtererbsen mittel 163 190, Taubenersen 181-198 ab Bahn u. frei Wagen. Wismutzweizen 20, 24,00 28,00. Roggenmehl 0 und 1. 10,50-11,75, 2. 9,50-10,50, 3. 10,90-11,40. Roggenkleie 10,90-11,40. Lupinen, blau, 11,00, gelbe ... Wicken ... Seradella 11 - M. ...

Magdeburg, 15. April. (Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg.) Weizen engl.-u. Sommer fest gut 197-199, mittel 165-195, gering bis - M. Roggen inländ. stetig gut 160-162, Gerste, hies. Chavalliergerste, ruhig - -, festste über Notiz, hiesige Land- gut ... mittel - -, gering bis - -, ausländische Futtergerste ruhig gut 153-155, Hafer inld. stetig gut 173-175 mittel 160 170, Mais rund, stetig gut 163-165, bunter amerik. gut 147-149.

Hamburg, 15. April. (Getraidemarkt.) Weizen stetig, ostholsteiner und mecklenburger 174-205, Roggen stetig, ostholsteiner u. mecklenburger 160-170,00 stetig, cif. 9 Pad 10/15 - - Gerste mittel, südrußl. cif. April 132,00. Hafer stetig, neuer holsteiner und mecklenburger 160-198, Mais, ruhig, amerikanisch, mixed cif. per April-Mai 111,00, La Plata, cif. neue Ernte Mai-Juni 113,00.

Budapest, 15. April. Weizen, Tendenz stetig, per April ... Mai 11,11, Oktober 11,82. Roggen, Tendenz fest per April 0,00, Mai 0,00, Okt. 8,77. Hafer, Tendenz fest, per April 7,90, Juli 8,16, August 8,27. Raps, Tendenz stetig, per August 17,10. Liverpool, 15. April. Rublg. Rotor Winterweizen per Mai 7-5 1/2, per Juli 7-3 1/2, Mais träge, La Plata Juli 5-2, bunter amerik. Mai 5-0 1/2.

Antwerpen, 15. April. Deutscher La Platzung, Kontrakt B per April 6,22 1/2, Mai 6,27 1/2, Juni 6,25, Juli 6,22 1/2, August 6,20. Umsatz 265000 kg. Tendenz: stetig.

Table with columns: Month, Vorm, Nachmittags, Abende. Lists prices for Hamburg, 15. April. Also includes Rio de Janeiro, 15. April. Kaffee-Zutubren 6000 Sack in Rio, 6000 Sack in Santo. Havre, 15. April. Kaffee good average Santos per Mai 66,75, per Septbr. 70,00, per Dez. 69,50, März 69,50. Stetig.

Zucker. Magdeburg, 15. April. Abend-Kurs. April 97 1/2, Mai 98 1/2, Juni 99, August 10,10, Oktober-Dos. 10,07 1/2, Jan.-März 10,20. Tendenz stetig. Hamburg, 15. April. Rübenroh Zucker, 1. Produkt, Basis 88 1/2 Rendement neue Usance, frei ab Nord Hamburg. Table with columns: Vorm, Nachm., Abende. Lists prices for April, Mai, Juni, August, Okt./Dos., Jan.-März.

Kartoffelmehl und Stärke. Magdeburg, 15. April. Prima Kartoffelstärke und -Mehl (für 100 kg 27,00-27,50) Rubig. Chemische Produkte. Hamburg, 15. April. Chillsalpor per loko 11,60, Febr.-März 10,72 1/2, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: ruhig.

Spiritus. Nordhausen, 15. April. Brantwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104-105 l) 80,75-81,75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 91,50-92,80 M. per loko 1912 ohne Fass ab Brennerl.

Fettwaren und Öle. Hamburg, 15. April. Stadtschmalz 65,00, amerikan. Steam 56,00, Chamberlain 57,50. Köln, 15. April. Kübel per loko 69,00, per Mai 67,00.

Wolle. Bremen, 15. April. Baumwolle Upl. loko middl. 63,00. Liverpool, 15. April. Baumwolle, Umsatz 7.000 Ballen. Import 9.000 Ballen, davon amerik. Liefertg. 2.000 Ballen. Liverpool, 15. April. Aegypt. Baumwolle per Mai 9,96. Alexandria, 15. April. Aegyptische Baumwolle per Mai 19,11, Juli 19,10, Nov. 18,19.

Metalle. London, 15. April. Chili-Kupfer stetig, 69 1/2, 3 Mon. 69 1/2, Zinn, Straits kaunestig 227 1/2, 3 M. 222, Blei span, stramm 18 1/2, engl. 19 1/2, Zink, gew. Markt, fest 25 1/2, spez. Markt 25 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Table with columns: Name, Markt, Verk., Preis, Name, Markt, Verk., Preis. Lists various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, etc. from New York, Chicago, etc.

Schiffsnachrichten.

Norddeutscher Lloyd in Bremen. (Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Postf. 85.) Dampfer-Expeditionen in der Zeit vom 12. bis 19. April 1913: Ab Bremerhaven: Rhein 13. April nach Baltimore, Franke 14. April nach Cuba, Kaiser Wilhelm II. 15. April nach New York über Southampton-Cherbourg, Bremen 15. April nach New York, Schanhorst 16. April nach Ostasien, Westfalen 16. April nach Australien, Giessen 19. April nach New York, Brandenburg 19. April nach Baltimore über Philadelphia, Würzburg 19. April nach Brasilien, - Ab Baltimore: Chemnitz 12. April nach Bremen, - Ab Venedig: Schleswig 13. April nach Alexandria über Neapel, - Ab New York: Grosser Kurflirt 15. April nach Bremen über Plymouth und Cherbourg, - Ab Baltimore: Mainz 19. April nach Bremen, - Ab Bremen: Roon 16. April nach Bremen, - Ab Marseille: Prinz Heinrich 16. April nach Alexandria über Neapel, - Ab Alexandria: Prinzregent Luitpold 16. April nach Marseille über Neapel, - Ab Genua: Berlin 17. April nach New York über Neapel, Palermo und Gibraltar, - Ab New York: George Washington 19. April nach Bremen über Plymouth und Cherbourg, - Ab Alexandria: Schleswig 19. April nach Venedig über Korfu, - Ab Yokohama: Lützow 19. April nach Hamburg.

Neueste Dampferbewegungen:

Kaiser Wilhelm der Grosse 9. April von Cherbourg, Kleist 11. April Lizard passiert, Main 10. April in New York, Hannover 10. April Lizard passiert, Köln, Brandenburg 11. April, Lüdingen 8. April in Buenos Aires, Sierra Nevada 9. April von Funchal, Thüringen 10. April von Bremerhaven, Zieten 11. April in Colombo, Gneisenau 10. April in Antwerpen, Helgoland 11. April in Sydney, Lützow 10. April in Tsingtau, Billow 10. April in Penang, Prinz Ludwig 9. April in Suez, Berlin 10. April in Genua, Prinzregent Irene 10. April in New York, König Albert 11. April Vellas passiert, Brandenburg 11. April Dover passiert, Eisenach 9. April von Santos, Giessen 10. April von Oporto, Coburg 10. April in Bremerhaven, Schanhorst 11. April in Bremerhaven, Rheinland 9. April von Aden, Prinz Etel Friedrich 10. April von Port Said, Prinzess Alice 10. April in Shanghai, Yorck 10. April von Penang, Derflinger 11. April in Antwerpen, Prinz Heinrich 9. April von Alexandria, Prinzregent Luitpold 9. April von Marseille, Schleswig 10. April in Venedig, Manilla 11. April in Singapore.

Wasserstände.

Table with columns: Name, Stand, Name, Stand. Lists water levels for various locations like Aarn, Hückesbagen, Unterpage, etc.

Table with columns: Name, Stand, Name, Stand. Lists water levels for various locations like Jungbunzl., Lann, Bndwels, etc.



